

Rassistisches Motiv?

Neue Fragen zu zwei ungeklärten Morden in Berlin. Seite 9



Rebellische Beschäftigte

Seit einem Jahr gehört eine Teefabrik in Frankreich den Arbeitern. Ein Besuch. Seite 18

Foto: 123rf/promicrostock

Schandhafte Schöne

Das blühende Dresden gebar Pegida – warum? Seite 3

Foto: imago/Thomas Müller

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 28. Oktober 2015

70. Jahrgang/Nr. 251

Bundesausgabe 1,80 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

In Armut geeint

Stephan Fischer über die soziale Gerechtigkeit in der EU

»In Vielfalt geeint« – dieses Motto gab sich die EU einst. Es war der Siegespruch eines Schülerwettbewerb in den Mitgliedsstaaten. In den letzten Jahren gaben die sich redlich Mühe, das Motto mit Leben zu füllen – und vor allem die jüngere Generation zu Verlierern zu stempeln. Ob prekär beschäftigt in Madrid, ganz ohne Job in Rom oder ohne Perspektive in einem »sozialen Brennpunkt« von Tampere bis Thessaloniki – immer größere Teile von Europas Jugend sind in Armut geeint. Und sie kann nicht einmal neidisch auf die Älteren blicken, denn wenn die Studie der Bertelsmann-Stiftung eine wachsende Kluft zwischen den Generationen in Europa feststellt, heißt das nicht, dass die Älteren Gewinner wären. Drastisch formuliert: Die Renten- und Pensionsansprüche der Älteren können gar nicht so schnell gekürzt werden, wie die Chancen der Jüngeren wegbrechen.

All die Kürzungen, ob im Gesundheitswesen oder in der Bildung, wahlweise unter den Labels »Krisenbewältigung« oder »Schwarze Null«, führen dabei nicht nur zu wachsender Armut innerhalb der EU – sie sind selbst bei konsequent wirtschaftsfreundlicher Logik widersinnig: Die wirtschaftlich stärksten Staaten in der EU sind die, in denen die soziale Gerechtigkeit im Vergleich am stärksten ausgeprägt ist. Gesund und gut ausgebildet lebt es sich nicht nur besser, es ließe sich auch besser fürs Wachstum schuften. Aber vielleicht ist die Jugend Europas nur noch für Mottowettbewerbe à la »Unsere Jugend – unsere Zukunft!« gut, über die die Alten nicht mal müde lächeln können.

UNTEN LINKS

Ist der Ruf erst ruiniert, twittert sich's ganz ungeniert, mag sich der Bundesgesundheitsminister gedacht haben, als er kürzlich Hithrddjddwokfk in die Welt sandte. Ups, ein Versehen, hieß es kurz darauf. Die ministeriale Jackentasche habe das Kommando über die Kommunikation übernommen. Soso. Hatte nicht genau dieses Bundesgesundheitsministerium auch ÄApprO, die Approbationsordnung für Ärzte, zu verantworten? Oder die Apothekenbetriebsordnung ApoBetrO1987ÄndV4? Die Blind-KennzV, GOP und GOZ, das HIVHG, die KV/PV-PauschBeitrV, LabMeldAnpV, NotSan-APrV, PEI KostVÄndV, SonstBeitrPrüfV und weiß der Himmel was sonst nicht noch alles? Hithrddjddwokfk passt doch ganz wunderbar in diese Serie. Es muss nur ein bisschen anders geschrieben werden: HithrDjdd-WokfK. Aber das wird die Jackentasche vom Minister schon noch lernen. Spätestens dann, wenn der Bundestag über das neue Gesetz abstimmen muss. ott

Gläubiger lassen Athen zappeln

Auszahlung weiterer Kredite verschoben / Tsipras warnt vor neuer Grexit-Debatte



Straßenszene in Thessaloniki

Foto: AFP/Sakis Mitroliadis

Berlin. Griechenland droht erneut der Senenmann: Die Grexit-Debatte ist trotz aller Beteuerungen der griechischen Regierung, im Euro bleiben zu wollen, zurück auf der politischen Tagesordnung. Athen habe erst gut ein Viertel der vereinbarte »Reformen« erfüllt, hieß es am Dienstag aus Eurogruppenkreisen. Die Gläubiger würden daher die für Oktober geplante Auszahlung einer Kredittranche in Höhe von zwei Milliarden Euro an das hoch verschuldete EU-Land auf November verschieben.

Während die Privatisierung etwa des größten Hafens Griechenlands in Piräus planmäßig voranschreitet, gibt es Streit über den Um-

gang mit Schuldnern, die ihre Immobilienkredite nicht bezahlen können.

Mehr als 300 000 Familien seien mit der Rückzahlung im Rückstand. Die Gläubiger drängen darauf, Zwangsvollstreckungen auch für Besitzer von Hauptwohnungen zu ermöglichen. Wohneigentum ist für viele Familien die einzige soziale Absicherung. Gegen massenhafte Zwangsräumungen wehrt sich jedoch Ministerpräsident Alexis Tsipras energisch – er hatte nach seiner Wiederwahl angekündigt, die Umsetzung der umstrittenen Auflagen der Gläubiger so weit wie möglich sozial abzufedern. Die Institutionen fordern nun aber of-

fenbar einen Grundsatzbeschluss Athens, die Hürden für Zwangsversteigerungen zu senken. Davon hänge auch ab, wie viel Geld die griechischen Banken aus dem Rettungspaket brauchen, um wieder stabil zu werden.

Zwischen der SYRIZA-geführten Regierung und den Vertretern der Gläubiger gibt es seit geraumer Zeit neue Differenzen. SYRIZA-Chef Tsipras erklärte jetzt, einige in der EU würden wohl »durch die Hintertür« versuchen, eine Debatte über den Rauswurf Griechenlands aus dem Euro neu zu beleben – indem die Maßnahmen zur Rekapitalisierung der Banken verzögert werden. Agenturen/nd Seite 2

Europa leistet sich Masseneleid

Studie: Ein Viertel aller EU-Bürger ist arm oder von Armut bedroht / Vor allem Junge sind abgehängt

Eine der Kapitalismuskritik verdächtige Stiftung stellt der Krisenpolitik der EU-Staaten ein vernichtendes Zeugnis aus.

Von Stephan Fischer

»In der Mehrzahl der EU-Staaten hat sich das Maß sozialer Gerechtigkeit im Verhältnis zum Vorjahr zumindest nicht weiter verschlechtert.« Hinter diesem ersten, nüchtern daher kommenden Satz der jährlich erscheinenden Studie der Bertelsmann-Stiftung zur »Sozialen Gerechtigkeit in der EU« steckt statistisch aufbereiteter Sprengstoff: Rund ein Viertel aller EU-Bürger gilt als arm oder ist von Armut bedroht – 122 Millionen von rund 500 Millionen Menschen. Dabei ist der Abstand zwischen den Staaten Nord- und Südeuropas immens. So habe sich in Spanien, Portugal und Griechenland das Ausmaß der Armut im Vergleich zu 2014 noch einmal vergrößert

– in Griechenland gelten mittlerweile 36 Prozent der Bevölkerung als arm oder von Armut bedroht, in Spanien sind es 29 Prozent.

Die Stiftung untersuchte dabei unterschiedliche Teilbereiche in den EU-Staaten, darunter Anstrengungen zur Armutsvermeidung, den Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt, die Gesundheitsversorgung und Generationengerechtigkeit. Auffällig ist, dass sich im Vergleich zu 2008 nahezu alle untersuchten EU-Staaten im Bezug auf den zusammenfassenden Index »Soziale Gerechtigkeit« verschlechtert haben. Nur Polen und Deutschland konnten ihn signifikant erhöhen; Tschechien, Luxemburg und Großbritannien konnten das Niveau zumindest stabil halten.

Vor allem für junge Menschen haben sich die Chancen in den meisten EU-Staaten erheblich verschlechtert. So ist das Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen

in den süd- und südosteuropäischen Staaten nochmals angestiegen: In Spanien sind 36 Prozent, in Griechenland 37 Prozent von ihnen von Armut bedroht, konkret

»Wir können uns eine verlorene Generation in Europa weder sozial noch ökonomisch leisten.«

Aart De Geus, Bertelsmann-Stiftung

lebt in Griechenland jedes vierte Kind in Armut. Das bedeutet, dass sie oder ihre Familien sich grundlegende Bedürfnisse des täglichen Lebens nicht mehr leisten können, zum Beispiel eine angemessen bezahlte Wohnung. Und die Kluft zwischen den Generationen wächst noch: weil die Renten und

Altersbezüge »nicht oder nicht so stark geschrumpft sind wie die Einkommen der jüngeren Bevölkerung«. Dazu passen auch die EU-weit exorbitant hohen Raten der Jugendarbeitslosigkeit – in Spanien und Griechenland liegt sie laut Studie weit über 50 Prozent.

»Wir können uns eine verlorene Generation in Europa weder sozial noch ökonomisch leisten«, erklärte der Vorsitzende der Bertelsmann-Stiftung, Aart De Geus. Die EU müsse besondere Anstrengungen unternehmen, um die Chancen junger Menschen nachhaltig zu verbessern. Der Deutsche Gewerkschaftsbund macht für die Ergebnisse eine ausschließlich aufs Sparen konzentrierte Antikrisenpolitik in ganz Europa verantwortlich. Der Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, forderte eine radikale Kehrtwende samt einer EU-weiten Vermögensabgabe und einem Investitionsprogramm.

Geflüchtete: Seehofer stellt Merkel Ultimatum

Koalitionsspitzen treffen sich am Wochenende zu Asylpolitikgipfel

Berlin. Mit einem Ultimatum will CSU-Chef Horst Seehofer einen Kurswechsel in der deutschen Flüchtlingspolitik erzwingen. Seehofer ließ Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in einem am Dienstag veröffentlichten Interview bis Sonntag Zeit, Maßnahmen zur Begrenzung des Zustroms zu treffen. Andernfalls müsse Bayern im Alleingang handeln. Konkret geht es um die Situation an der bayerisch-österreichischen Grenze, über die derzeit sehr viele Flüchtlinge in den Freistaat einreisen. Merkel widersetzte sich der Forderung aus München und lehnte eine rasche Kehrtwende in ihrem Krisenmanagement ab. »Wir können den Schalter nicht mit einem Mal umdrehen, sondern müssen Schritt für Schritt vorgehen«, sagte Merkel in Berlin. Sie verwies auf die Verschärfung der Asylgesetze in Deutschland und die europäischen Beschlüsse.

Wirkung scheint Seehofers neuerlicher Angriff auf die Kanzlerin allerdings doch erzielt zu haben. So wollen sich die Parteivorsitzenden der Großen Koalition am kommenden Wochenende über die Flüchtlingspolitik und die Lage an der Grenze zu Österreich beraten. Am Samstag treffen sich nach Informationen der dpa zunächst Kanzlerin Angela Merkel und Horst Seehofer. Am Sonntag wollen beide mit dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel zusammenkommen. Agenturen/nd Seiten 4 und 5

Erneute Zweifel im Fall Oury Jalloh

Gutachter: Flüchtling konnte sich in Polizeihaft nicht selbst anzünden

Berlin. Im Fall des vor mehr als zehn Jahren in Polizeigewahrsam bei einem Feuer gestorbenen Asylbewerbers Oury Jalloh stellen neue Gutachten die offizielle Version des Hergangs in Frage. »Break the Silence«, eine Initiative in Gedenken an Jalloh, präsentierte am Dienstag in Berlin drei von ihr in Auftrag gegebene Gutachten. Demnach halten es die beauftragten britischen Forensiker und Toxikologen für unwahrscheinlich, dass der in seiner Zelle an Armen und Beinen fixierte Jalloh seine schwer entflammbare Matratze selbst in Brand gesetzt haben könnte.

Der 36-jährige Jalloh war 2005 in Dessau festgenommen worden, weil er unter Einfluss von Alkohol und Drogen zwei Frauen belästigt haben soll. Der Asylbewerber aus Sierra Leone wurde ohne richterliche Anordnung eingesperrt. Als wenige Stunden später ein Feuer in der Zelle ausbrach, kamen die Beamten zu spät, um ihn zu retten. Im letzten Jahr bestätigte der Bundesgerichtshof ein Urteil des Landgerichts Dessau-Roßlau, demzufolge Jalloh die Matratze selbst in Brand gesteckt habe. Die Gutachter Iain Peck, Alfredo Walker und Michael Scott-Ham bezweifeln nun diesen Verlauf und führen hierfür unterschiedliche Indizien an, die sie bei der Einsicht öffentlich zugänglicher Dokumente gewonnen hatten. AFP/nd Seiten 4 und 6

Lesen Sie heute im Ratgeber

Fragen & Antworten zum VW-Abgasskandal: Welche Rechte haben betroffene Kunden?

Heute wieder mit Haus & Garten und Tipps für den November

Feuer im Haus: Wann und wie ist der Vermieter in der Pflicht?

ISSN 0323-3375

